

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 19693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 Mk., bei Platzvorschrift 3.— Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mk. Reklame-Kolonelle 10.— Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Vor der Antwort der Botschafter.

Das Schicksal der Rechtsverwahrung Wirths.

Paris, 28. Oktober. (M.) Petit Journal meldet, daß die Botschafterkonferenz sich mit dem Schreiben des deutschen Botschafters Dr. Maner, in dem der Protest der Reichsregierung gegen die Tötung Oberschleiens enthalten war, beschäftigt habe. Die Botschafterkonferenz soll einen solchen Protest für durchaus unzulässig erklärt und beschlossene haben, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß dieser deutsche Protest als unwirksam zu betrachten sein werde. Über die Entscheidung des Obersten Rates dürfte Deutschland wohl eine Meinung haben, aber es sei unzulässig, sie der Entente gegenüber auszusprechen. Nicht Deutschlands sei es lediglich, einen Bevollmächtigten für die Wirtschaftsverhandlungen zu ernennen. Diese Ernennung bedeute gleichzeitig einen Hinweis darauf, daß sich Deutschland der Entscheidung des Obersten Rates vorbehaltlos füge. Die Antwortnote des Obersten Rates soll noch heute redigiert und nach Berlin übermittelt werden.

Vorkäuflich ist diese Meldung noch unverbürgt. Mit Bestimmtheit aber ist anzunehmen, daß die Antwort der Botschafter in ähnlichem Sinne ausfallen wird. Es war nicht anders zu erwarten. Die Entente pocht auf ihren Schein, darum forderte unsere Fraktion, von allen diesen Gesten abzusehen und sich mit den gegebenen Tatsachen abzufinden. Nunmehr steht das in Erwartung, was der Genosse Breitscheid bereits in seiner Rede im Reichstage zum Ausdruck brachte, und gerade die nationalstilleren Parteien werden dieses Ergebnis der ganzen Aktion erneut zu ihren Zwecken auszuwerten versuchen. Dabei werden sie mit aller Gelassenheit über die Tatsache hinweggehen, daß der ganze Protest Wirths nichts anderes war, als eine Konzeption an den unentwegten Teutonismus der nationalstilleren Kreise.

Aber was macht das? Geradezu typisch für die Haltung der nationalstilleren Katastrophopolitiker ist die Stellung der Leipziger Herfurthorgane. Zur Zeit der Verkündung der Entscheidung über Oberschleien schwelgte es in den höchsten nationalstilleren Löhnen und forderte eine Politik der großen Worte. Jeden Tag tilgte es seinen Lesern die Unmöglichkeit auf diesen Spruch annehmen zu können. Die Herrschaften forderten die Gesten, die Wirth in seiner Note vollführte. Nachdem nun aber der kalte Wasserstrahl der Ernüchterung von Paris über die Häupter der Rechtsverwahrung ergiebt, haben sie die Stirn, ihre eigene Politik in Grund und Boden zu verdammen. Sie schreiben:

„Eine andre Bewertung der deutschen Rechtsverwahrung hatten wir nicht erwartet, denn sie war nach der ganzen Haltung der Entente seit dem Waffenstillstand selbstverständlich. Deshalb hätte auch Dr. Wirth und sein Kabinett diese „Ohnefolge“ vermeiden können, die weder dem Ansehen des Reiches noch außen, noch dem der Regierung im Innern förderlich ist. Der Kanzler hat wieder ein Schulbeispiel geliefert, wie Politik nicht gemacht werden darf, und das gesamte deutsche Volk ist, wie stets in solchen Fällen, der Leidtragende. Wann endlich wird die Regierung klug aus den vielen Verberstungen, die sie in den letzten Jahren hat sammeln können?“

Höher geht es fast nimmer. Wann, möchte man fragen, werden die nationalstilleren Katastrophopolitiker klug aus diesen Lehrbeispielen, die ihre Politik dühnendhaft gelehrt hat. Sie wissen genau, daß bei den derzeitigen Machtverhältnissen eine jede derartige nationalstilleren Geste keine andre Beantwortung finden wird. Aber sie forderten noch mehr. Sie trachteten danach, die Ernennung der Bevollmächtigten zu den Wirtschaftsverhandlungen gänzlich zu hintertreiben. Die Folge einer solchen Politik wäre freilich nicht nur eine Ohnefolge gewesen. Sie hätte neben dem unabwendbaren Verlust Oberschleiens obendrein weitere Sanktionen der Alliierten zur Folge gehabt.

Dann wäre wohl das deutsche Volk der Leidtragende nicht gewesen?

Der deutsche Vertreter für die obererschleische Grenzziehung.

Berlin, 29. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Reichsregierung hat zum deutschen Vertreter für die obererschleische Grenzfestsetzungs-Kommission v. Treutler und den Grafen Bodewils bestimmt, die bereits in der Festsetzungs-Kommission bei der Festlegung der Grenzen in Ost- und Westpreußen sowie zwischen Polen und Deutschland unter General Dupont tätig waren. Der polnische Kommissar für die Grenzfestsetzungs-Kommission ist Graf Szembek, der bereits in Oppeln eingetroffen ist.

Dr. Wirth über die große Koalition.

Berlin, 29. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In einer Rede in Karlsruhe sagte der Reichskanzler u. a. über die große Koalition: „Das Ziel der Koalition von Scheidemann bis Stresemann war erreichbar. Die Grundlagen für dieses Ziel waren im allgemeinen schon präzisiert, die Sache war fertig. Wertwändig war, daß sie scheiterte, als des Vaterlandes Not am höchsten war. Jedemal, wenn es gilt, mit Herz und Hand die Verantwortung zu übernehmen, schlingt sich gewisse Herrschaften in die Wünsche und gehen sogar von Berlin weg.“ Über die Ablehnung Rathenaus, in das Kabinett einzutreten, sagte Wirth

noch folgendes: „Ich habe im Reichstage nicht umsonst gesagt, daß das Ministerium für den Wiederaufbau noch offen steht. Es ist eine abschließende Sache, in Deutschland Männer wegen ihres religiösen Bekenntnisses zu bekämpfen. Rathenau ist in das neue Kabinett nicht eingetreten, er hat Disziplin gewahrt, er hat sich geopfert, er hat gewünscht, einen anderen Mann für das Kabinett sicherzustellen, um nicht neue schwere politische Erörterungen hervorzurufen. Ich würdige das Opfer dieses Mannes, es ist nicht umsonst gebracht worden. Und dieser Mann steht wie bisher auch in Zukunft dafür ein, dem Volke und dem Vaterlande zu helfen.“

Die neuen schweren politischen Erörterungen drohten anlässlich der fragwürdigen Besetzung des Reichswehrministeriums zum Ausdruck zu kommen. Nach den Darstellungen Wirths hätte sich Rathenau „geopfert“, um der Reichswehr ihren Geßler zu erhalten. Das ist ein freilich zweifelhaftes „Opfer“.

Ein Justizbeamter über die bayerische Justiz.

München, 29. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In der Münchner Post läßt ein höherer Justizbeamter härteste Kritik an der bayerischen Justiz, wobei interessante Entwürfe über Vorgänge hinter den Kulissen der bayerischen Justiz bekanntgemacht werden. In der Strafschlichtung habe sich das Minderbedürfnis des Bürgerrechts wegen der Räterepublik ausgedeutet. Schon als Müller-Meinungen Justizminister war, habe man Gerichtsvorstände, die nicht die beliebte „volkstümliche“ Justiz boten, sondern Willkür der Räterepublik freisprechen, kurzerhand wegbesördert. Unter dem Justizminister Roth habe die mit russischen Tagebuchaufzeichnungen „begründete“ Justiz ihren Höhepunkt erreicht. Es habe auch aufrechte Männer gegeben, die die Leitung gewisser Strafprozesse ablehnten, falls man ihnen höheren Orts die Weisung erteilte, bestimmte kompromittierende Dinge in öffentlicher Verhandlung nicht zu erwähnen. Diese Prozesse wurden dann von anderen willigen Justizbeamten geführt. Diese Herren scheuten sich nicht, im Prozeß Graf Keco (Mörder Eisners) damit zu prahlen, daß sie den damaligen sozialistischen Justizminister nicht in die geheimen Gänge einer monarchistischen Verchwörung hineinschauen ließen. In dem Artikel wird dann zum Schluß die Beseitigung der bayerischen Volksgerichte gefordert.

München, 28. Oktober. Die bayerische Staatsregierung hat für Ergreifung der Täter, die den Anschlag auf den Abgeordneten Kue r verübten, eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

Wie lange noch Ausnahmeverordnung?

Aus Halle wird gemeldet, daß das Verbot des kommunistischen Klassenkampfes, das für 14 Tage erlassen war, nach dreitägiger Dauer wieder aufgehoben ist. Das Verbot war, wie man jetzt nach dem von anderer Seite wiedergegebenen Artikel, der die Veranlassung war, feststellen kann, einer der größten Mißbräuche der Verordnung, der je vorgekommen ist. Die Kritik enthielt nämlich nichts weiter, als die Annäherung von Verbrechen, die Schutzpolizeibeamte und Reichswehr, insbesondere der Oberleutnant Möring vom 2. Bataillon des 14. (badischen) Reichswehregiments nach Feststellungen des Untersuchungsausschusses im preussischen Landtag in den Tagen des kommunistischen Osterputzes in Sangerhausen und Umgegend verübt haben. Das war begleitet von einigen brandmarkenden Worten gegen die Republik, in der so etwas geschehen kann und von der Aufforderung an den Staatsanwalt, gegen den Verbrecher Möring einzuschreiten.

Die schier unglaubliche Antwort der Behörden war das Verbot des Klattes.

Nach der Behauptung des Klassenkampf soll dieses Verfahren vom Oberpräsidenten Höring verfügt worden sein. Wenn das wahr ist, so verdient Herr Höring, daß ihn die preussische Regierung bzw. die Reichsregierung aufs ernste zur Verantwortung zieht. Ein derartiger Mißbrauch der Verordnung zur Unterdrückung von Wahrheiten, die Orgesch und andern Gesellen nicht passen, ist einfach beispiellos.

Darüber hinaus aber ist notwendig die schnellste Aufhebung der Ausnahmeverordnung überhaupt und der endliche Beginn der Säuberung der Justiz und der Verwaltung von Vertretern der Gegenrevolution. Wie steht es mit den Gesetzen, die diese Aktion ermöglichen sollen?

Einfuhrgenehmigung für die Hilfsgüter nach Rußland?

Berlin, 29. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Handelsvertretung der russischen Sowjetrepublik teilt den P. P. R. mit, daß für Rußland die Einfuhr von Privatgütern, darunter auch die für die Hilfsaktion oder zu Wohltätigkeitszwecken bestimmten, sowie des über den persönlichen Bedarf hinausgehenden Reisezeuges von jetzt an einer Einfuhrbewilligung seitens der genannten Handelsvertretung bedarf. Dies bezieht sich auf die Einfuhr sowohl über die See, als auch über die Landgrenzen der Sowjetrepublik. Bei der Beschaffung von Reisegepäck wird zur Vermeidung von Schwierigkeiten in Zweifelsfällen eine Rückfrage in Berlin, Ljagowstr. 1, empfohlen.

Für das ungarische Proletariat!

Von Sigmund Kunzi-Wien.

Der Feind des ungarischen Proletariats, Horthy, hat unter dem Eindruck der Mobilisierung in der Tschecho-Slowakei und Jugoslawien Karl Habsburg vertrieben, damit für manche Mächte, denen ein konterrevolutionäres Ungarn, als eine Sicherung gegen den Anschlußwille Österreichs und als ein Bollwerk der Reaktion im allgemeinen sehr wertvoll ist, seine Nützlichkeit und Einflüßerungsfähigkeit in das konterrevolutionäre, imperialistische Staatssystem bewiesen. Horthy zu retten, das ist heute das vornehmlichste Bestreben der Diplomatie der großen Entente.

Horthy und damit das ganze konterrevolutionäre Ungarn zu stützen, an die Stelle der Militärdiktatur die demokratische Republik Ungarn zu setzen, das muß heute das Ziel sein, für welches alle demokratischen, alle proletarischen Kräfte in der Welt, aber vor allem in Mitteleuropa eingesetzt werden müssen. Ich möchte zu der proletarischen Öffentlichkeit in dieser Frage sprechen und ihr die Lage, wie sie sich mir darstellt, auseinandersetzen. Ich sehe die Dinge nicht durch die Brille der Emigrantensphäre, obwohl dies auch ein berechtigter Standpunkt wäre. Es handelt sich ja um die Befreiung des ungarischen Proletariats aus dem Zustande der Erniedrigung und Folterung, wie sie seinesgleichen in der Geschichte kaum jemals gab. Es wäre nur zu berechtigt, wenn der Emigrant als Sprecher der mundtot gemachten, gemarterten, unterdrückten Massen vor die Arbeiter hintreten würde und ihnen sagen würde: Helfet euren Brüdern, die unsagbares Leid getragen haben und Erlösung nur von den Arbeitsbrüdern der freieren und glücklicheren Länder erhoffen können. Aber indem ich für die Brüder, die unter Horthys Knute schmachten, einzutreten versuche, bin ich sicher, als internationaler Sozialdemokrat zu handeln und die großen, allgemeinen Interessen der Arbeiterklasse in internationalem Maßstabe zu vertreten.

Der Sieg der Konterrevolution in Ungarn war vor zwei Jahren das Signal für alle reaktionären Kräfte der Welt, aus ihrer Reserve hervorzutreten und den Sturm auf gegen die klammerhaften Reste der revolutionären Errungenschaften in ganz Mitteleuropa zu beginnen. Das Beispiel, das Horthyungarn gab, wirkte überall ansteckend; die Widerstände gegen alle politischen und wirtschaftlichen Forderungen des Proletariats wuchsen ins Ungeheure seit dem Tage, seit dem der Galgen, das Kastriermesser und der Horthynüppel zu den vornehmsten sozialpolitischen Instrumenten in Ungarn wurden. Das Proletariat Mitteleuropas möge dessen eingedenk sein, daß es Horthy war, der seinen Mordgesellen auf alle proletarischen Kämpfer losgelassen hatte; Horthy und seine jetzt „freigegebenen“ Offiziere haben all das Schändliche an den Revolutionären, Freiheitskämpfern und Friedensstreikenden verbrochen, zu dessen Abwehr das Proletariat vor anderthalb Jahren den Boykott über Ungarn verhängt hat; Horthy und seine Mordgesellen haben Otto Korvin, Oskar Levay und die ungezählten Braven gehängt, Frau Hamburger geschändet, jede Regung der Arbeiterschaft Ungarns blutig niedergeschlagen. Er und seine Regierung haben die irreidentische Bewegung in allen Nationalstaaten geschürt, zum Sturz der Republik in Österreich ihre politischen und militärischen Detachements ausgerüstet, und er hat auch Karl Habsburg nur gestützt, weil dieser durch sein unkluges, plötzliches Vorgehen die Mörderwirtschaft in Ungarn in die größte Gefahr brachte. Um die Konterrevolution mit allen ihren Greueln, mit ihren Galgen, Kertern, Internierungslagern zu ertöten, warf er sich Karl Habsburg entgegen. Gestern ließ er noch seinen Ministerpräsidenten erklären, daß Karl der gesetzliche König ist. Gestern ließ er noch verkündigen, daß er die notwendigen diplomatischen Schritte zur Wiedereinschaltung Karls unternehmen werde. Seine Regierung entsandte Baron Borovicenzi nach Hertenstein, um die ständige Verbindung mit Karl herzustellen, und im Komitate Stuhlweißenburg duldete seine Regierung als Obergespan den Grafen Josef Karolyi, der offen erklärte, daß er sein Amt nur verwalte, weil Karl IV. ihn ernannte. Seine Partei betrieb die Einschaltung eines anderen Habsburgers, des Erzherzogs Albrecht, des Sohnes Friedrichs, weil der ein kaufkräftigerer Mann als Karl ist. Horthys Schutztruppe, die Offiziersvereinigung „Moye“ und der Verein der „Erwachenden Ungarn“, stehen unter Albrechts Kontrolle. Die zweihundert Millionen Dollars, für welche Erzherzog Friedrich seine Güter einem amerikanischen Konsortium verkaufte, bilden den Grund des Antikarismus der Horthyleute.

Aber mehr: das System Horthy kann nur aus der Vorbereitung des Krieges leben. Es ist ein Regierungssystem, das an dem Tage zusammenbrechen muß, da es wirklich daranginge, die Waffen aus der Hand zu geben. Es wird also, solange es besteht, ununterbrochen raffen, damit andre zum Rußen zwingen und den Frieden im Donaubecken und damit in der ganzen Welt ständig bedrohen. Daran ändert der Ausgang des karlistischen Abenteuer nichts. Schluß mit Habsburg war gut und notwendig; aber erst der Schluß mit Horthy kann den Frieden Mitteleuropas, kann die Republik die aus der Revolution hervorgegangen sind, sichern. Ohne den